

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Schülerflucht stoppen – Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 beschließen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, unverzüglich einen konkreten Beschluss zu fassen, der es jeder Gymnasiastin und jedem Gymnasiasten zum Schuljahr 2017/18 ermöglicht, entweder einen acht- oder einen neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium wählen zu können. Die Eckpunkte des Beschlusses sind dem Bayerischen Landtag im Herbst 2016 vorzulegen.

Weiterhin wird die Staatsregierung aufgefordert, eigene Zahlen zu Schülerinnen und Schülern, die zur Erfüllung ihrer Schulpflicht entweder aus anderen Bundesländern täglich nach Bayern einpendeln oder in andere Bundesländer täglich aus Bayern auspendeln, zu erheben und zudem die Ursachen zu eruieren, warum nach vorliegenden Zahlen aus Baden-Württemberg und Hessen die Zahlen der bayerischen Auspendler insbesondere mit Blick auf das Gymnasium deutlich höher sind als die Zahl der Einpendler aus anderen Bundesländern.

Begründung:

Mit seiner Aussage im Donaukurier vom 12. Juli 2016, dass das G9 vom Tisch sei, irritierte CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer Eltern, Lehrkräfte, Verbände und Schülerinnen und Schüler sowie die eigene Fraktion und die CSU-geführte Staatsregierung. Denn unklar ist, auf welcher Grundlage und in welcher Funktion Thomas Kreuzer eine solch wichtige Entscheidung für das bayerische Gymnasium verkündet hat. Noch im Frühjahr stellte der zuständige Bildungsminister Dr. Spaenle in mehreren Presseverlautbarungen dar, dass es einen "vereinbarten Fahrplan" von Staatsregierung und Regierungsfraktion für eine Entscheidung über die Gestaltung des bayerischen Gymnasiums geben würde. Unabhängig von der Tatsache, dass die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bereits im Dringlichkeitsantrag 17/11037 gefordert hatte, vor der Sommerpause einen Fahrplan zur Zukunft des Gymnasiums vorzulegen, ist es nun dringend an der Zeit, dass die bayerische Öffentlichkeit und die gymnasiale Schulfamilie erfährt wie es weiter geht. Klar ist, dass die bayerischen Eltern und Gymnasiastinnen und Gymnasiasten die Wahl zwischen einem acht- und einem neunjährigen Bildungsgang am Gymnasium haben wollen. Dies belegen die Einschreibungen beim Pilotversuch "Mittelstufe Plus". Während ein ungefähr zwei Drittel sich für ein G9 aussprach, wählte ein Drittel

weiterhin das G8. Bestätigt wird diese Tendenz auch in einer am 2. Juni 2016 veröffentlichten Umfrage des Instituts GMS im Auftrag von Sat.1 Bayern, bei der sich 59 % der Befragten für G9 und 34 % für G8 ausgesprochen haben - 7 % machten keine Angaben. Deshalb muss die Staatsregierung nun einen grundsätzlichen Beschluss fassen, wie es mit dem Gymnasium zum Schuljahr 2017/18 weitergehen soll. Diese Eckpunkte und der Entwurf für eine notwendige Gesetzesänderung im Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz sind dem Landtag im Herbst 2016 vorzulegen, damit das Gymnasium möglichst mit einer breiten Mehrheit des Parlaments weiterentwickelt werden kann. Der Gesetzentwurf der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion unter Drucksache 17/13 kann der Staatsregierung hierbei als gute Grundlage dienen.

Zudem muss auch aufgeklärt werden, warum es dem Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst nicht gelingt, Zahlen zu Schülerinnen und Schülern, die zur Erfüllung ihrer Schulpflicht entweder aus anderen Bundesländern täglich nach Bayern einpendeln oder in andere Bundesländer täglich aus Bayern auspendeln, zu erheben. Dass es sehr wohl möglich ist, zeigen die Nachbarbundesländer Hessen und Baden-Württemberg. Basierend auf diesen Zahlen berichtet die Süddeutsche Zeitung vom 8.7.2016, dass im Schuljahr 2014/15 insgesamt 5124 Schülerinnen und Schüler aus Bayern nach Baden-Württemberg auspendeln. 2112 besuchen demnach anstatt eines bayerischen Gymnasiums ein baden-württembergisches - in die entgegengesetzte Richtung sind es nach den wenigen Angaben des Freistaats lediglich 857. Die Ursachen und Motive der ein- und auspendelnden Schülerinnen und Schüler sind sicher vielschichtig, aber müssen vom Kultusministerium aufgeklärt werden.